



08.03.2012 | Nr. 117/12

Heike Franzen: Keine Bildung nach dem Vorbild des PISA-Serienletzten Bremen - Albig muss endlich öffentlich Position zur Bildungspolitik beziehen!

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen hat die heute (08. März 2012) geäußerte Kritik des schleswig-holsteinischen Philologenverbandes an den bildungspolitischen Plänen von SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig geteilt. Sie forderte Albig auf, seine bildungspolitischen Planungen endlich der Öffentlichkeit zu erklären. Der SPD-Spitzenkandidat hatte laut Medienberichten bereits am Dienstag (06. März 2012) Presseanfragen zur Bildungspolitik an SPD-Chef Stegner verweisen lassen:

„Unsere Gymnasien waren bislang bei allen bundesweiten Leistungsvergleichen absolut wettbewerbsfähig. Unter Spitzenkandidat Torsten Albig will die SPD ausgerechnet nach dem Vorbild des PISA-Serienletzten Bremen die Lehrerausbildung auf ein Stufenlehrermodell umstellen. Ich fordere Albig auf, sich in der bildungspolitischen Debatte nicht länger hinter Ralf Stegner zu verstecken. Das muss er den Menschen schon selbst erklären“, forderte Franzen.

Es bestehe überhaupt kein Zweifel daran, dass Lehrkräfte für die unterschiedlichen Bildungsgänge auch eine unterschiedliche Ausbildung benötigten. Dass die SPD sich davon verabschieden wolle, sei ein weiterer klarer Beleg für ihre Abkehr vom Gymnasium. Diese Abkehr könne nach der Lektüre des SPD-Wahlprogramm allerdings niemanden überraschen, schließlich bekenne sich die SPD darin unter Albig zum langfristigen Ziel: „Eine Schule für alle.“

Franzen: „Das heißt nichts anderes als die Abschaffung aller Schularten zugunsten der Gemeinschaftsschule.“ Dieses Ziel solle offensichtlich bereits in der kommenden Wahlperiode in Angriff genommen werden.

„Wenn die SPD die Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen zwangsumwandelt, werden auch die Kooperationsmodelle von Regionalschulen und Gymnasien dieser Zwangsumwandlung zum Opfer fallen. Dadurch gäbe es insbesondere an der Westküste kein flächendeckendes Gymnasium mehr. Sollte dies nicht so sein, dann muss Herr Albig persönlich erklären, wie er die im Wahlprogramm formulierten Ziele in praktische Politik umsetzen will“, so Franzen abschließend.